IMT Nuremberg Archives

H – 2138

International Court of Justice

208

H2138 - 0002

TRANSLATION (Uebersetzung)

Auszuege aus

THE BRITISCH WAR BLUE BOOK

(Miscellaneous N°. 9 (1939)

Nr. 73, Seite 161/162

1. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau)
(Telegrafisch) Foreign Office, 28.August 1939, 14 Uhr.

Die von uns vorgeschlagene Antwort an Herrn Hitler machte eine klare Unterscheidung zwischen dem Wege, auf dem eine Einigung in den deutsch=polnischen Streitfragen erreicht werden kann und der Art der Loesung, die erzielt werden soll. Was den Weg anlangt, moechten wir klar zum Ausdruck bringen, dass unserer Ansicht nach direkte Verhand=lungen zwischen den Beteiligten auf gleicher Grundlage uns das Richtige zu sein scheint.

2. Die polnische Regierung steht unter dem Schutze des englisch=polnischen Vertrages.

3. Die Regierung Seiner Majestaet hat bereits klar zum Ausdruck gebracht und wiederholt es in ihrer heutigen Antwort an Herrn Hitler, dass jede Regelung der deutsch=polnischen Differenzen die Lebensinteressen Polens garan=tieren muss und durch internationale Garantien gesichert werden muss.

4. Wir haben natuerlich Berichte ueber Herrn Hitlers Antwort an M. Daladier gesehen, aber wir wuerden eine Mit=teilung der polnischen Regierung ueber ihre Bereitwillig=keit zur Einleitung direkter Verhandlungen in keiner Weise dahin auslegen, dass sie die Annahme der Forderungen Herrn Hitlers in sich schloessen, die, wie oben klargestellt, im Lichte der festgestellten Grundsaetze gepruefft werden muessten.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Ri Exhibit 208
April 10 Filed 1946

H2138 - 0003

5. Da die polnische Regierung in ihrer Antwort an Praesident Rossevelt den Gedanken der unmittelbaren Verhandlungen offenbar gutheisst, hofft die Regierung Seiner Majestaet zuversichtlich, dass die polnische Regierung mit Ruecksicht auf die im vorangehenden Absatz dargelegten Erwaegungen sie ermaechtigen wird, die deutsche Regierung davon zu verstaendigen, dass Polen bereit ist, sofort direkte Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen.

6. Bitte bemuehen Sie sich, M. Beck sofort zu sehen und telefonieren Sie mir die Antwort.

Nr. 79, Seite 178/179

2. Sir N. Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 21.15 (Telegrafisch) Berlin, 29.August 1939.

Herr Hitler ueberreichte mir Antwort heute abend um 7.15 Uhr. Uebersetzung des vollstaendigen Textes wird so schnell wie moeglich folgen.

2. In Erwiderung zweier britischer Vorschlaege, naemlich auf direkte deutsch=polnische Verhandlungen und internationale Garantien fuer jede Regelung erklaert die deutsche Regierung:

(1) Dass sie trotz ihres Zweifels ueber die Aussichten eines Erfolgs zu direkten Verhandlungen bereit ist und zwar einzig und allein aus dem Wunsche dauernde Freundschaft mit England zu sichern, und

(2) dass die deutsche Regierung im Falle irgendwelcher Gebietsaenderungen die Teilnahme an irgendwelchen Gærantien nicht zusagen kann ohne die U.S.S.R. zu befragen.

3. Die Note bemerkt, dass die deutschen Vorschlaege niemals die Beeintraechtigung polnischer Lebensinteressen zum Gegenstand hatten und erklaert, dass die deutsche Regierung die Vermittlung Grossbritanniens im Hinblick auf den Besuch eines polnischen Bevollmaechtigten in Ber=

H2138 - 0004

lin annimmt. Die deutsche Regierung, fuegt die Note hinzu, rechnet auf die Ankunft eines solchen Bevollmaechtigten am morgigen Tage, Mittwoch, den 30. August.

4. Ich bemerkte, dass diese Wendung wie ein Ultimatum klinge, aber nach einigen erregten Bemerkungen versicherten Herr Hitler und Herr von Ribbentrop mir, dass lediglich beabsichtigt war, die Dringlichkeit des Augenblicks zu betonen, indem die beiden voll mobilisierten Heere einander gegenueberstanden.

5. Ich sagte, dass ich den Vorschlag sofort der Regierung Seiner Majestaet weiterleiten werde und fragte, ob, wenn ein derartiger polnischer Bevollmaechtigter komme, wir annehmen koennten, dass er freundlich empfangen und dass die Verhandlungen auf der Grundlage voelliger Gleichheit gefuehrt werden wuerden. Herrn Hitlers Antwort war "natuerlich".

6. Es wurde erklaert, dass die deutschen Forderungen auf Revision des Versailler=Vertrages lauteten, naemlich auf die Rueckkehr Danzigs und des Korridors an Deutschland, Sicherheit fuer das Leben der deutschen voelkischen Minderheiten im uebrigen Polen, die Note schliesst mit der Feststellung, dass die deutsche Regierung sofort Vorschlaege fuer eine annehmbare Loesung ausarbeiten und die britische Regierung wenn moeglich von ihnen vor Ankunft des polnischen Bevollmaechtigten in Kenntnis setzen werde.

Nr. 81, Seite 18o

3. Viscount Halifax an Sir N.Henderson (Berlin)
(Telegrafisch) Foreign Office, 30.August 1939, 2 Uhr frueh

Wir werden die Antwort der deutschen Regierung sorgfaeltig erwaegen, aber es ist natuerlich unvernuenftig zu erwarten, dass wir heute einenx polnischen Vertreter

H2138 - 0005

in Berlin erscheinen lassen koennen, und die deutsche Regierung darf das nicht erwarten.

Es duerfte in Ihrem Interesse sein, dies an zustaendiger Stelle auf dem richtigen Wege sofort bekanntzugeben. Ich hoffe, dass Sie unsere Antwort heute nachmittag erhalten.

---

4. Seite 82, Seite 180/181

Sir N. Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 13 Uhr)
(Telegrafisch) Berlin, 30.August 1939.

Ihre Mitteilung ist dem Minister des Auswaertigen heute frueh um 4 Uhr zugeleitet worden. Ich hatte gestern abend Herrn Hitler gegenueber eine aehnliche Bemerkung gemacht, worauf seine Antwort war, dass man von Warschau nach Berlin in ein und einer halben Stunde fliegen koenne.

2. Ich wiederholte heute frueh die Mitteilung telefonisch gegenueber dem Staatssekretaer, der mir sagte, dass sie bereits Herrn Hitler zugeleitet worden sei. Er fuegte hinzu, dass so schnell wie moeglich etwas geschehen muesse.

3. Ich bin zwar immer noch dafuer, dass die polnische Regierung in den sauern Apfel dieses Versuchs in elfter Stunde beissen solle, und unmittelbare Beziehungen mit Herrn Hitler herstellen, wenn auch nur um die Welt zu ueberzeugen, dass sie bereit war, ihrerseits ein Opfer fuer die Erhaltung des Friedens zu bringen. Man muss aber aus der deutschen Antwort den Schluss ziehen, dass Herr Hitler entschlossen ist, seine Zwecke auf sogenanntem friedlichen und fairen Wege zu erreichen, wenn er kann, aber auch auf dem Wege der Gewalt, wenn ihm dies nicht moeglich ist. Viel wird natuerlich auch von dem Ausfuehrungsplan abhaengen, der im letzten Abschnitt der deutschen Antwort erwaehnt ist.

4. Nichtsdestweniger scheint es mir,dass, wenn man

H2138 - 0006

Herrn Hitler weiterhin die Initiative ueberlaesst, dies entweder zum Kriege oder dazu fuehrt, dass er durch Ein=schuechterung wiederum den Sieg davontraegt und sich dadurch ermutigt fuehlt, im naechsten oder uebernaechsten Jahr den gleichen Kurs zu verfolgen.

---

5. Nr. 84, Seite 181/182

Sir H.Kennard an Viscount Halifax (eingegangen 1o Uhr)
(Telegrafisch) Warschau, 3o.August 1939

Ich bin ueberzeugt, dass es unmoeglich ist, die pol=nische Regierung dazu zu bringen, sofort M.Beck oder einen anderen Vertreter nach Berlin zu schicken, um eine Regelung auf der von Herrn Hitler vorgeschlagenen Grundlage zu er=oertern. Sie wuerde sicherlich lieber kaempfen und unter=gehen, als sich einer solchen Demuetigung zu unterwerfen, besonders nach den Beispielen der Tschechoslowakei, Litauen und Oesterreichs.

2. Ich moechte vorschlagen, dass wenn die Verhandlun=gen zwischen Gleichberechtigten stattfinden sollen, es dafuer wesentlich ist, dass sie an einem neutralen Orte oder evtl. sogar in Italien gefuehrt werden und dass die Grundlage aller Verhandlungen ein Kompromiss zwischen den deutlich definierten Grenzen der deutschen Maerz=Vorschlaege und dem status quo auf polnischer Seite sein sollten.

3. Wenn man erwaegt, dass die polnische Regierung die Maerz=Bedingungen ablehnte als sie allein stand und als sie in weitgehendem Masse auf den Krieg unvorbereitet war, ist es sicherlich fuer sie unmoeglich, diese Vor=schlaege, die ueber die Maerz=Bedingungen hinausgehen, nunmehr anzunehmen, jetzt da sie Grossbritannien zu ihrem Bundesgenossen hat, Frankreich seine Hilfe zugesagt hat und die oeffentliche Weltmeinung klar und deutlich unmittel=bare Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung

H2138 - 0007

wuenscht und den Widerstand Polens gegen eine diktierte Loesung unterstuetzt.

4. Ich werde natuerlich der polnischen Regierung gegenueber keine Meinungsaeusserung abgeben noch werde ich ihr Herrn Hitlers Antwort mitteilen bis ich meine Instruktionen empfangen habe, was hoffentlich unverzueglich geschehen wird.

---

6. Nr. 88, Seite 183/184

Viscount Halifax an Sir N. Henderson (Berlin)
(Telegrafisch) Foreign Office, 30.August 1939
18.50 Uhr

Wie wir hoeren, besteht die deutsche Regierung darauf, dass ein Vertreter Polens mit unbeschraenkter Vollmacht zur Entgegennahme der deutschen Vorschlaege nach Berlin kommen muesse.

2. Wir koennen der polnischen Regierung nicht empfehlen, sich diesem Verfahren zu unterziehen, welches voellig unvernuenftig ist.

3. Koennten Sie nicht der deutschen Regierung vorschlagen, dass sie den normalen Weg einschlaegt und nach Fertigstellung ihrer Vorschlaege den polnischen Gesandten einladet vorzusprechen, ihm ihre Vorschlaege zur Uebermittlung nach Warschau einhaendigt, und um Anregungen fuer die Fuehrung von Verhandlungen ersucht.

4. Die deutsche Regierung hat freundlicherweise versprochen, dass sie die Vorschlaege auch der Regierung Seiner Majestaet mitteilen wuerde. Wenn die letztere der Ansicht ist, dass sie eine brauchbare Grundlage abgeben, wird sie sicherlich ihr Bestes in Warschau tun, um die Verhandlungen zu erleichtern.

H2138 - 0008

Nr.89

7. Antwort der Regierung Seiner Majestaet auf die Mitteilung des deutschen Reichskanzlers vom 29.August 1939. Diese Antwort wurde Herrn von Ribbentrop am 30.August 1939 um Mitternacht von Sir N. Henderson uebergeben.

Die Regierung Seiner Majestaet weiss die Tatsache zu wuerdigen, dass die deutsche Regierung in der in ihrer Antwort erhaltenen Erklaerung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch=englischen Verstaendigung hinweist, und weiss ebenso den Hinweis zu wuerdigen, dass diese Erwaegung ihre Politik beeinflusst hat.

2.Die Regierung Seiner Majestaet bringt wiederholt zum Ausdruck, dass sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt, es ist jedoch dabei zu beruecksichtigen, dass sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verstaendnis dafuer, dass die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung Seiner Majestaet glaubt, dass die Lebensinteressen der beiden Laender nicht unvereinbar sind.

3.Die Regierung Seiner Majestaet nimmt zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4.Die Regierung Seiner Majestaet glaubt annehmen zu duerfen,dass die Deutsche Regierung im Prinzip die Bedingung annimmt, dass jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage, wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird spaeter zu eroertern sein, und die Regierung Seiner Majestaet hofft, dass, um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestaet stets vorausgesetzt hat.

5.Die Regierung Seiner Majestaet nimmt gleichfalls zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung

H2138 - 0009

hinsichtlich der Lebensinteressen und der Unabhaengigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen, die die Deutsche Regierung in einen frueheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muss die Regierung Seiner Majestaet einen ausdruecklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, dass die Deutsche Regierung zur Zeit Vorschlaege fuer eine Loesung ausarbeitet. Zweifelsohne werden diese Vorschlaege waehrend des Meinungsaustausches sorgfaeltig geprueft werden. Es kann dann entschieden werden, wie weit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar sind, die die Regierung Seiner Majestaet bekanntgegeben hat und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

7. Die Regierung Seiner Majestaet wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verstaendigen. Die Art der Fuehlungnahme und die Vorbereitungen fuer einen Meinungsaustausch muessen selbstverstaendlich in aller Eile zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestaet ist jedoch der Ansicht, dass es untunlich waere, diese Fuehlungnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestaet erkennt voll an, dass bei der Aufnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befuerchtungen des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstand ergeben, dass zwei mobilisierte Armeen sich in aller naechster Naehe gegenueberstehen. Sie moechte daher auf das dringendste nahelegen, dass beide Parteien sich verpflichten, dass waehrend der Verhandlungen keine aggressiven militaerischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung Seiner Majestaet vertraut darauf, dass sie von der Polnischen Regierung eine derartige Zusage erhalten wuerde, wenn die Deutsche Regierung eine gleichartige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestaet moechte ferner noch vorschlagen, dass vorlaeufig ein modus vivendi fuer Danzig geschaffen wird, um Zwischenfaelle zu verhueten, die geeignet waeren, die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten.

H2138 - 0010

Nr. 90

8. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau).
(an Sir H. Kennard gesandt am 30.August und ausgefuehrt in den fruehen Morgenstunden des 31. August)
(Telegrafisch) Foreign Office, 30.August 1939

Mein Telegramm nach Berlin enthaelt den Text der Antwort Seiner Majestaet Regierung auf die deutsche Mitteilung, die Ihnen wiederholt worden ist.

2. Bitte teilen Sie ihn M. Beck mit. Dabei weisen Sie bitte auf Folgendes hin/ Der erste Teil der Antwort der deutschen Regierung besteht aus einer unvertretbaren und irrefuehrenden Darstellung des deutschen Standpunkts. Der wirklich wichtige Teil der Antwort aber besteht in der Annahme des Vorschlages direkte Verhandlungen einzuleiten, in dem Vorschlag der angeregten internationalen Garantie und in Deutschlands Versicherung, dass es beabsichtige, die Lebensinteressen Polens zu respektieren.

3. Es ist vielleicht unnoetig, in diesem Zeitpunkt Einwendungen gegen vieles in der deutschen Antwort zu erheben, was die Regierung Seiner Majestaet mit ebenso kritischen Augen betrachten wird, wie dies zweifellos die polnische Regierung tun wird. Aber die Regierung Seiner Majestaet hat einen ausdrueck=lichen Vorbehalt mit Hinblick auf die Behauptung gemacht, die in der deutschen Note hinsichtlich der bestimmten Forderungen vorgebracht worden ist. Der Punkt, der eine sofortige Stellungnahme zu verlangen schien, war die deutsche Forderung, dass sich am heutigen Tage ein polnischer Vertreter in Berlin einfinden muesse. M. Beck wird sehen, welchen Standpunkt wir gestern abend in dieser Frage eingenommen haben (s.mein Telegramm nach Berlin) und die weitere Bezugnahme, die wir in unserer Antwort auf die letzte

H2138 - 0011

Mitteilung der deutschen Regierung in diesem Punkte gemacht haben. Die deutsche Regierung entwirft jetzt Vorschlaege fuer eine Loesung, und die Entscheidung ueber das kuenftige Vorgehen wird unter Beruecksichtigung dieser Vorschlaege und der uebrigen Entwicklung zu erfolgen haben, darunter auch der Ort und die naeheren Umstaende fuer die Verhandlungen.

4. M. Beck kann aus der Antwort der Regierung Seiner Majestaet ersehen, dass ein militaerischer Stillstand waehrend der Verhandlungen in Vorschlag gebracht worden ist, gegen den, wie die Regierung Seiner Majestaet zuversichtlich hofft, die polnische Regierung keine Einwendung erheben wird.

5. Seiner Majestaet Regierung wird es begruessen, die Ansicht der polnischen Regierung mit Beschleunigung kennen zu lernen. Im Hinblick darauf, dass die polnische Regierung die Regierung Seiner Majestaet ermaechtigt hat, ihre Bereitschaft, mit der deutschen Regierung in unmittelbare Verhandlungen zu treten, zum Ausdruck zu bringen, gibt sich Seiner Majestaet Regierung der Hoffnung hin, dass die polnische Regierung hierzu ohne Verzug bereit ist, sofern eine befriedigende Verstaendigung ueber die Methode und die allgemeinen Anordnungen fuer die Verhandlungen erzielt werden kann. Wir halten es im Hinblick auf die innere Lage in Deutschland und auf die Weltmeinung fuer aeusserst wichtig, dass, solange die deutsche Regierung sich bereit erklaert zu verhandeln, ihr keine Gelegenheit gegeben wird, die Verantwortung fuer einen Konflikt mit Polen von sich abzuschieben.

6. Sie muessen natuerlich betonen, dass die Regierung Seiner Majestaet Herrn Hitler gegenueber deutlich erklaert hat, dass sie unabaenderlich entschlossen ist,

H2138 - 0012

---

die von ihr uebernommenen Verpflichtungen rueckhaltlos zu erfuellen. Ueber diesen Punkt ist in Berlin kein Missverstaendnis moeglich. Die Stellung der polnischen Regierung ist von ihrer Stellung im letzten Maerz wesentlich verschieden, da sie jetzt die Unterstuetzung der unmittelbaren britischen Garantie und der britischen Teilnahme bei der Garantie einer Erledigung besitzt, die auf der von uns angedeuteten Grundlage erreicht wird und da sich die Unterredungen unter diesen Umstaenden abspielen wuerden.

H2138 - 0013

Nr.92

9. Sir Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 9.30 Uhr)
(Telegrafisch) Berlin, 30.August 1939

Ich sagte Herrn von Ribbentrop heute Abend, es falle Seiner Majestaet Regierung schwer, der polnischen Regierung zur Annahme des in der deutschen Antwort skizzierten Verfahrens zu raten und dass ich vorschlage, er solle den normalen Kontakt herstellen, d.h. dass den Polnischen Gesandten nach Fertigstellung der deutschen Vorschlaege zum Besuch aufzufordern und ihm die Vorschlaege zur Uebermittlung an seine Regierung mit dem Ziel der Eroeffnung unmittelbarer Verhandlungen zu uebergeben. Ich fuegte hinzu, dass, wenn die Grundlage Aussichten auf eine Regelung gewaehre, man darauf rechnen koenne, dass die Regierung Seiner Majestaet ihr Bestes tun werde, um vorlaeufige Verhandlungen einzuleiten.

2. Als Antwort produzierte Herr von Ribbentrop ein langes Dokument, das er laut und mit hoechster Geschwindigkeit in deutscher Sprache vorlas. In der Annahme, dass er es mir schliesslich aushaendigen werde, machte ich nicht den Versuch, allzugenau die sechzehn oder mehr Artikel, die das Dokument enthielt, zu verfolgen. Ich kann zwar deshalb fuer Genauigkeit keine Gewaehr uebernehmen, die Hauptpunkte aber waren: Zurueckerstattung Danzigs an Deutschland; Suedgrenze des Korridors sollte die Linie Marienwerder, Graudenz, Bromberg und Schoenlanke sein. Eine Volksabstimmung sollte im Korridor stattfinden und zwar auf Grundlage der Bevoelkerungsverhaeltnisse am 1. Januar 1919, wobei die absolute Mehrheit entscheiden sollte. Bis zum Ausgang der Volksabstimmung solle eine internationale Kommission, bestehend aus Englaendern, Franzosen, Italienern und Russen den Schutz des Korridors uebernehmen

H2138 - 0014

und den wechselseitigen Verkehr mit Danzig und Gdingen garantieren; Gdingen solle Polen vorbehalten werden, Danzig sollte eine reine Handelsstadt und entmilitarisiert werden.

3.Als ich Herrn von Ribbentrop gemaess dem deutschen Versprechen in der gestrigen Antwort um den Wortlaut dieser Vorschlaege bat, erklaerte er, dass es dafuer nun zu spaet sei, da der polnische Vertreter um Mitternacht in Berlin nicht eingetroffen sei.

4. Ich bemerkte, dass, wenn man die Sache so behandle, es darauf hinauskomme, dass das Ersuchen um Entsendung des polnischen Vertreters nach Berlin zum 30. August tatsaechlich ein Ultimatum darstelle, trotzdem, was er und Herr Hitler mir am gestrigen Tage versichert hatte. Dies bestritt er und sagte, dass die Idee eines Ultimatums nur eine Ausgeburt meiner Phantasie sei. Warum, fragte ich daraufhin, konnte er die Sache nicht ihren normalen Gang gehen lassen, und mir eine Abschrift der Vorschlaege geben und den polnischen Gesandten um seinen Besuch bitten, genau so wie Herr Hitler mich einige Tage zuvor hatte kommen lassen und ihm zur Weiterleitung an die polnische Regierung die Vorschlaege uebergeben. In den haesslichsten Ausdruecken sagte Herr von Ribbentrop, dass er den Botschafter niemals um seinen Besuch bitten werde. Er deutete an, dass, wenn der polnische Gesandte ihn um eine Unterredung bitte, die Sache anders sein koenne. Ich sagte ihm, dass ich natuerlich meine Regierung sofort informieren werde. Daraufhin sagte er, waehrend dies seine persoenliche Ansicht sei, wuerde er alles, was ich ihm gesagt habe, an Hitler zur Kenntnis bringen. Es sei Sache des Kanzlers, die Entscheidung zu treffen.

H2138 - 0015

5. Damit schieden wir, aber ich muss Ihnen sagen, dass Herrn von Ribbentrop ganzes Benehmen waehrend dieser unerfreulichen Unterhaltung Herrn Hitler in seinen uebelsten Wesenszuegen nachaeffte. Er schimpfte uebrigens ueber die polnische Mobilisierung. Aber ich erwiderte, dass diese kaum eine Ueberraschung darstellen koenne, da Deutschland, wie Herr Hitler mir gegenueber selbst gestern zugegeben habe, selbst mobilisiert haette.

H2138 - 0016

lo. Nr. 94

Viscount Halifax an Sir H. Kennard, Warschau.

(Telegrafisch)

Auswaertiges Amt
31. August 1939
12 Uhr mittags

Sie sollten zusammen mit Ihrem franzoesischen Kollegen bei der polnischen Regierung anregen, dass sie die deutsche Regierung moeglichst direkt, aber falls nicht, durch uns davon in Kenntnis setzen soll, dass sie ueber unsere letzte Antwort an die deutsche Regierung unterrichtet ist und dass sie mit direkten Verhandlungen prinzipell einverstanden ist.

Franzoesische Regierung befuerchtet, dass die deutsche Regierung das Stillschweigen der polnischen Regierung ausnuetzen wird.

H2138 - 0017

Nr. 95

11. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau)

(Telegrafisch)

Auswaertiges Amt
31.August 1939
1.45 nachm.

Telegramm aus Berlin vom 30. August x.

Bitte benachrichtigen Sie sofort die Polnische Regierung und teilen Sie ihr mit, dass infolge ihrer prinzipiellen Zustimmung zu direkten Verhandlungen der Polnische Botschafter in Berlin beauftragt werden sollte, der Deutschen Reichsregierung mitzuteilen, dass er, falls sie irgendwelche Vorschlaege zu machen haette, bereit sei, diese seiner Regierung zu uebermitteln, so dass sie (die Polnische Regierung) diese sofort pruefen und Vorschlaege zu baldigen Verhandlungen machen koenne.

x Nr. 92

H2138 – 0018

Nr.96

12. Sir H. Kennard an Viscount Halifax (erhalten 19.15)

(durch Telegramm) Warschau, den 31.August 1939

Mein Telegramm vom 31.August. x

Herr Beck hat mir soeben schriftlich die polnische Antwort auf meine Demarche der letzten Nacht x ausgehaendigt; Uebersetzung folgt in meinen naechsten Telegramm. x Er hat ganz speziell darum gebeten, dass es streng vertraulich behandelt wird.

2. Ich frug Herrn Beck, welche Schritte er zu ergreifen beabsichtige um Kontakt mit der Deutschen Regierung herzustellen. Er erwiderte, dass er Herrn Lipski nun beauftragen wuerde, um ein Interview entweder mit dem Aussenminister oder dem Staatssekretaer nachzusuchen, um mitzuteilen, dass Polen die britischen Vorschlaege angenommen haette. Ich draengte ihn dies ohne jede Verzoegerung zu tun.

3. Ich frug ihn dann, welche Stellung der polnische Gesandte einnehmen wuerde, wenn Herr von Ribbentrop oder irgendwelche andere Person mit der er sprechen wuerde ihm die deutschen Vorschlaege aushaendigt. Er sagte, dass Herr Lipski nicht bevollmaechtigt wuerde ein solches Dokument anzunehmen, da im Hinblick auf fruehere Erfahrungen, es von irgendwelcher Art von Ultimatum begleitet sein koennte. Nach seiner Meinung war es unumgaenglich notwendig, dass zu allererst Verbindung hergestellt werden sollte, und dass dann die Einzelheiten besprochen werden sollten, wo, mit wem und auf welcher Basis Verhandlungen begonnen werden sollten.

4. Hinsichtlich Danzig wies er daraufhin, dass die Lage dort ausserordentlich ernst wuerde. Polnische Beamte wurden verhaftet, der Eisenbahnverkehr unterbunden, und er hielt es fuer unbedingt notwendig, dass unverzueglich Schritte unternommen werden sollten, um einen modus vivendi zu finden, auf Grund dessen die Verhafteten entlassen und der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen werden sollte. Er schlug vor, dass Herr Burckhardt in der Lage sein wuerde, dies zu tun.

H2138 - 0019

5.Er bestaetigte, dass keine weiteren ernstlichen Zwischenfaelle vorgekommen seien, aber er erklaerte, dass er befuerchte, dass, im Zusammenhang mit irgendwelchen Verhandlungen er um die Intervention der Regierung Seiner Majestaet zu ersuchen haben wuerde.

6.Er fuegte hinzu, dass falls er eingeladen wuerde nach Berlin zu kommen er selbstverstaendlich nicht gehen wuerde, da er nicht die Absicht haette, sich wie Praesident Hacha behandeln zu lassen.

---

x Nr. 93.

X d.h. die Nacht vom 30. = 31. August

x Nr. 97

H2138 - 0020

Nr.97

13. Sir H. Kennard an Viscount Halifax (empfangen 6.3o nachm.)

(Telegrafisch) Warschau, den 31.August 1939

Nachstehend ist der Text der polnischen Antwort, datiert vom 31.August 1939

" (I), Die polnische Regierung bestaetigt ihre bereits frueher ausgedrueckte Bereitwilligkeit zu einem unmittelbaren Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung auf der Grundlage wie sie von der englischen Regierung vorgeschlagen und von mir durch das Telegramm von Lord Halifax vom 28. August adressiert an den englischen Gesandten in Warschau, mitgeteilt ist. x

" (2) Die polnische Regierung ist ebenfalls bereit auf gegenseitiger Grundlage eine formelle Garantie zu geben, dass im Falle von Verhandlungen polnische Truppen keine Verletzungen der Grenzen des deutschen Reiches vornehmen werden, vorausgesetzt, dass eine gleichartige Garantie bezueglich Nichtverletzung der polnischen Grenze durch Truppen des deutschen Reiches gegeben wird.

" (3) In der gegenwaertigen Lage ist es ebenfalls erforderlich, einen einfachen, vorlaeufigen modus vivendi fuer die freie Stadt Danzig zu schaffen.

" (4) In Bezug auf die der polnischen Regierung am 28. August durch Vermittlung des englischen Gesandten in Warschau unterbreiteten Vorschlaege waere eine Erklaerung erforderlich was die englische Regierung unter einer internationalen Garantie versteht, bezueglich der Beziehungen zwischen Polen und dem deutschen Reich. So lange eine Antwort zu dieser grundlegenden Frage nicht vorliegt, fuehlt sich die polnische Regierung ~~nicht~~ verpflichtet, sich ihr Verhalten zu dieser Angelegenheit in vollem Umfange vorzubehalten b is vollstaendige Erklaerungen eingegangen sind.

H2138 - 0021

Nr. 97

" (5) Die polnische Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sie auch weiterhin in der Lage sein wird, sich der Vermittlung von Seiner Majestaet Regierung zu bedienen fuer den Fall, dass Unterhandlungen mit dem deutschen Reich eingeleitet werden sollen."

H2138 - 0022

Nr.98, Seite 192/197

14. Mitteilung des Staatssekretaers an den britischen Botschafter vom 31.August 1939 9.15 Uhr

Die Koeniglich Britische Regierung hat sich in einer Note vom 28.August 1939 gegenueber der Deutschen Regierung bereit erklaert, ihre Vermittlung zu direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen ueber die strittigen Probleme zur Verfuegung zu stellen. Sie hat dabei keinen Zweifel darueber gelassen, dass auch ihr angesichts der fortdauernden Zwischenfaelle und der allgemeinen europaeischen Spannung die Dringlichkeit des Vorganges bewusst waere.

Die Deutsche Regierung hat sich in einer Antwortnote vom 29.August 1939 trotz ihrer skeptischen Beurteilung des Willens der Polnischen Regierung, ueberhaupt zu einer Verstaendigung zu kommen, im Interesse des Friedens bereit erklaert, die englische Vermittlung bezw.Anregung anzunehmen. Sie hat unter Wuerdigung aller der zur Zeit gegebenen Umstaende es fuer notwendig erachtet, in dieser ihrer Note darauf hinzuweisen, dass, wenn ueberhaupt die Gefahr einer Katastrophe vermieden werden soll, dann schnell und unverzueglich gehandelt werden muss. Sie hat sich in diesem Sinne bereit erklaert, bis zum 30.August 1939 abends einen Beauftragten der Polnischen Regierung zu empfangen, unter der Voraussetzung, dass dieser auch wirklich bevollmaechtigt sei, nicht nur zu diskutieren, sondern Verhandlungen zu fuehren und abzuschliessen.

Die Deutsche Regierung hat weiter in Aussicht gestellt, dass sie glaubt, bis zum Eintreffen dieses polnischen Unterhaendlers in Berlin der Britischen Regierung die Grundlagen ueber das Verstaendigungsangebot ebenfalls zugaenglich machen zu koennen.

Statt eine Erklaerung ueber das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persoenlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verstaendigungsbereitschaft zunaechst die Nachricht der polnischen Mobilmachung und erst am 30.August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine mehr allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

H2138 - 0023

Trotzdem durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhaendlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis ueber die Auffassung der Deutschen Regierung in bezug auf moegliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst fuer direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plaediert hatte, gab Reichsaussenminister von Ribbentrop dem Britischen Botschafter anlaesslich der Uebergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der fuer den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmaechtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschlaege.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, dass unter diesen Umstaenden wenigstens nachtraeglich die sofortige Benennung einer polnischen Persoenlichkeit stattfinden wuerde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafuer bereitzusitzen, von der polnischen Seite aber nur mit leeren Ausfluechten und nichtssagenden Erklaerungen hingehalten zu werden.

Aus einer inzwischen stattgefundenen Demarche des polnischen Botschafters geht erneut hervor, dass auch dieser nicht bevollmaechtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit haben der Fuehrer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmaechtigten polnischen Unterhaendlers gewartet.

Unter diesen Umstaenden sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschlaege praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, dass diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfuellbar gewesen waeren.

Die Reichsregierung haelt es fuer angebracht, der Oeffentlichkeit Kenntnis von diesen dem Britischen Botschafter durch den Reichsaussenminister von Ribbentrop mitgeteilten Verhandlungsgrundlagen zu geben.

H2138 - 0024

Die zwischen dem Deutschen Reich und Polen bestehende Situation ist im Augenblick derart, dass jeder weitere Zwischenfall zu einer Explosion auf Seiten der militaerischen Streitkraefte fuehren kann, die auf beiden Seiten ihre Stellungen bezogen haben. Jede friedliche Loesung muss in einem Rahmen erfolgen, der gewaehrleistet, dass die Ereignisse, die diese Situationen verursacht haben, sich nicht bei der naechsten sich bietenden Gelegenheit wiederholen koennen und dass auf diese Weise nicht nur Osteuropa, sondern auch andere Gebiete nicht in einen solchen Spannungszustand versetzt werden. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen in folgendem: (1) die unmoegliche Grenzziehung, wie sie von dem Versailler Diktat festgelegt worden ist; (2) die unmoegliche Behandlung der Minderheiten in den abgetretenen Gebieten.

Bei diesen Vorschlaegen wird die Reichsregierung daher von dem Gedanken geleitet, eine dauernde Loesung zu finden, die die unmoegliche Situation beseitigt, die durch die Ziehung der Grenze geschaffen wurde, eine Loesung, die beiden Seiten ihre lebenswichtigen Verbindungslinien garantiert und die, = soweit dies ueberhaupt moeglich ist = das Minderheitenproblem beseitigt und so weit dies nicht moeglich ist, den Minderheiten eine ertraegliche Zukunft garantiert und zwar dadurch, dass man ihnen eine vertrauenswuerdige Garantie ihrer Rechte gewaehrt.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, dass es dabei von wesentlicher Bedeutung ist, dass der wirtschaftliche und physische Schaden, der seit 1918 angerichtet worden ist, klargestellt und in seiner Gesamtheit wieder gutgemacht wird. Sie betrachtet diese Verpflichtung selbstverstaendlich als fuer beide Teile bindend.

H2138 - 0025

. Diese Erwaegungen fuehren zu den folgenden praktischen Vorschlaegen:

(1) Die freie Stadt Danzig soll im Hinblick auf ihren rein deutschen Charakter wie auch auf den einstimmigen Willen ihrer Bevoelkerung in das Deutsche Reich zurueckkehren.

(2) Das Gebiet des sogenannten Korridors, das sich von der Ostsee bis zur Linie Marienwerder, Graudenz, Kulm, Bromberg (einschliesslich) erstreckt und von dort in westlicher Richtung nach Schoenlanke laufen kann, soll selber entscheiden, ob es zu Deutschland oder zu Polen gehoeren will.

(3) Zu diesem Zweck soll in diesem Gebiet eine Volksabstimmung stattfinden. Die folgenden sollen abstimmungsberechtigt sein: alle Deutschen, die in diesem Gebiet am 1.Januar 1918 ihren Wohnsitz hatten oder die an diesem Datum dort geboren waren und in aehnlicher Weise die Polen, Kaschuben usw., die in diesem Gebiet am angegebenen Tage (dem 1.Januar 1918) ihren Wohnsitz hatten
oder bis zu diesem Datum dort geboren waren. Die Deutschen, die aus diesem Gebiet vertrieben worden sind, sollen zum Zwecke der Stimmabgabe dorthin zurueckkehren, um eine objektive Volksabstimmung sicherzustellen und auch um die hierfuer erforderlichen ausgedehnten Vorbereitungen sicherzustellen. Das oben erwaehnte Gebiet soll, wie im Falle des Saargebietes, der Aufsicht einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt werden, in der die vier Grossmaechte = Italien, die Sowjet=Union, Frankreich und England vertreten sein sollen. Diese Kommission soll alle Souveraenitaetsrechte in diesem Gebiet ausueben. Mit diesem Ziel im Auge soll das Gebiet in moeglichst kurzer Zeit, ueber die noch eine Vereinbarung zu treffen ist, von den polnischen Streitkraeften, der polnischen

H2138 – 0026

Polizei und den polnischen Behoerden geraeumt werden.

(4) Der polnische Hafen von Gdingen, der grundsaetzlich, soweit er gebietsmaessig auf die polnische Siedlung beschraenkt ist, polnisches Staatsgebiet darstellt, soll von dem obengenannten Gebiet ausgeschlossen werden. Die genaue Grenze dieses polnischen Hafens sollx von Deutschland und Polen bestimmt werden und notwendigenfalls von einer internationalen Schiedskommission festgelegt werden.

(5) Um sicher zu sein, dass die erforderliche Zeit zur Verfuegung steht, damit die umfangreichen Arbeiten, die die Abhaltung einer gerechten Volksabstimmung mit sich bringt, ausgefuehrt werden koennen, soll die Volksabstimmung nicht vor dem Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

(6) Um den ungehinderten Verkehr zwischen Deutschland und Ostpreussen einerseits und Polen und dem Meer andererseits sicherzustellen, sollen Strassen und Eisenbahn zur Ermoeglichung des freien Durchgangsverkehrs zur Verfuegung gestellt werden. In diesem Zusammenhang sollen lediglich die Abgaben, die fuer die Unterhaltung der Verkehrsmittel und fuer die Bereitstellung der Transportmittel notwendig sind, erhoben werden.

(7) Die Frage auf welche Seite ein Gebiet gehoert, soll durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden werden.

(8) Um Deutschland freie Verbindung mit seiner Provinz Danzig=Ostpreussen und Polen Zugang zum Meer nach der Volksabstimmung zu garantieren, soll Deutschland = ohne Ruecksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung = fuer den Fall, dass das Abstimmungsgebiet an Polen faellt, eine extraterritoriale Verkehrszone erhalten, die ungefaehr auf der Linie von Buetow nach Danzig oder Dirschau verlaeuft und in der eine Autobahn und eine viergleisige Eisenbahn gebaut werden soll. Die Strasse und die Eisen=

H2138 - 0027

bahn sollen so angelegt werden, dass die polnischen Ver= kehrslinien dadurch nicht beruehrt werden, d.h. sie sollen entweder ueber oder unter den letzteren verlaufen. Die Breite dieser Zone soll 1 km betragen und sie soll deut= sches Staatsgebiet sein. Sollte die Volksabstimmung guenstig fuer Deutschland ausfallen, so soll Polen die gleichen Rechte erhalten, wie die die Deutschland zuge= standen werden, naemlich das Recht auf eine aehnliche extraterritoriale Verbindung durch Strasse und Eisenbahn zum Zwecke des freien und ungehinderten Verkehrs mit dem Hafen von Gdingen.

(9) Sollte der Korridor an das Deutsche Reichs zurueck= fallen, so erklaert sich letzteres fuer berechtigt, einen Austausch der Bevoelkerung in dem Ausmass mit Polen vorzu= nehmen, in dem die in dem Korridor obwaltenden Verhaelt= nisse hierfuer geeignet sind.

(lo) Ueber Sonderrechte, die Polen im Hafen von Danzig zu erhalten wuenscht, wuerde auf territorialer Grundlage gegen aehnliche Rechte, die Deutschland im Hafen von Gdingen einzuraeumen waeren, zu verhandeln sein.

(11) Um in diesem Gebiet beiden Seiten das Gefuehl, bedroht zu sein, zu nehmen, sollen Danzig und Gdingen reine Handelsstaedte sein, d.h. sie sollen keinerlei militae= rische Einrichtungen oder Befestigungen besitzen.

(12) Die Halbinsel Hela, die nach der Volksab= stimmung entweder an Polen oder an Deutschland fallen kann, wuerde in aehnlicher Weise in beiden Faellen zu ent= militarisieren sein.

(13) Da die Regierung des Deutschen Reiches ueber die polnische Behandlung der Minderheiten die schwersten Klagen zu fuehren hat und da die polnische Regierung ihrer= seits sich verpflichtet fuehlte, Beschwerden gegen Deutsch=

H2138 - 0028

land zu erheben, kommen beide Parteien darin ueberein, diese Beschwerden einem internationalen Untersuchungs= ausschuss zu unterbreiten, dessen Aufgabe darin bestuende, alle Beschwerden ueber wirtschaftlichen und physischen Schaden und jede andere Terrorhandlung einer Pruefung zu unterziehen. Deutschland und Polen geben die Zusicherung, den wirtschaftlichen oder anderen Schaden, der den Minder= heiten auf beiden Seiten seit dem Jahre 1918 zugefuegt worden ist, wieder gutzumachen oder gegebenenfalls Ent= eignungen rueckgaengig zu machen oder denjenigen volle Schadloshaltung zu gewaehren, die durch diese oder irgend= welche anderen Eingriffe in ihr wirtschaftliches Leben betroffen worden sind.

(14) Um den Deutschen, die moeglicherweise in Polen und den Polen, die moeglicherweise in Deutschland verbleiben, das Gefuehl zu nehmen aus allen voelkischen Beziehungen ausgeschlossen zu sein und um sie vor dem Verlangen einer Betaetigung oder der Leistung von Diensten zu sichern, die mit ihrem voelkischen Empfinden unver= einbar sind, kommen Deutschland und Polen dahin ueberein, die Rechte beider Minderheiten mittels einer eingehenden und bindenden Vereinbarung sicherzustellen, um auf diese Weise diesen Minderheiten die Erhaltung freier Entwick= lung und Betaetigung ihres Volkstums zu garantieren und insbesondere fuer diesen Zweck einen Zusammenschluss zu gestatten, den sie fuer notwendig halten. Beide Parteien geben die Zusicherung, dass sie die Mitglieder der Minder= heiten nicht zum Militaerdienst heranziehen.

(15) Im Falle des Abschlusses einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschlaege erklaeren sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkraefte anzuordnen und durchzufuehren.

H2138 - 0029

(16) Die fuer die beschleunigte Durchfuehrung des obenstehenden Abkommens erforderlichen Massnahmen sollen von Deutschland und Polen gemeinsam beschlossen werden.

H2138 - 0030

Nr. 1oo

15. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau)

(durch Telegramm) Auswaertiges Amt, 1.September 1939, o.5o Uhr

Ihre Telegramme vom 31.August x

1. Es freut mich zu hoeren, dass der polnische Gesandte in Berlin beauftragt ist, mit der Deutschen Regierung Verbindung herzustellen.

2, Ich stimme vollkommen damit ueberein, dass es notwendig ist, die Einzelheiten fuer die Verhandlungen zu besprechen, und dass ein Besuch von Herrn Beck in Berlin nicht wuenschenswert ist.

3. Andrerseits kann ich nicht einsehen, warum die polnische Regie= Bedenken hat, den polnischen Gesandten zu bevollmaechtigen, ein Doku= ment der Deutschen Regierung anzunehmen, und ich hoffe zuversichtlich, dass sie in der Lage sein werden, ihre diesbezueglichen Instruktionen fuer ihn zu modifizieren. In dem uns vorgelegten Bericht ueber die deutschen Vorschlaege wurde keinerlei Ultimatum erwaehnt, und die Auslegung, dass das Verlangen fuer einen Besuch eines polnischen Be= vollmaechtigten in Berlin am 3o.August, einem Ultimatum entspraeche, wurde von Herrn. Ribbentrop in einer Unterhaltung mit dem Gesandten Seiner Majestaet entschieden zurueckgewiesen. Falls das Dokument ein Ultimatum enthielt, wuerde die polnische Regierung sich natuerlich weigern darueber zu diskutieren, bevor nicht das Ultimatum zurueckge= zogen wird. Andrerseits wuerde ihre Weigerung Vorschlaege entgegen zu nehmen, von aussenstehenden keinesfalls verstaenden werden.

4. Ich haette mir gedacht, dass der polnische Gesandte sicherlich beauftragt werden koennte ein Dokument in Empfang zu nehmen und weiterzuleiten mit der Bemerkung (a) dass wenn es irgendwie einem Ultimatum gleichkomme, er im Voraus sagen koenne, dass die Polnische Regierung absolut nicht in der Lage sei, auf einer solchen Basis zu diskutieren, und (b) dass, in jedem Falle nach Ansicht der Polnischen Regierung, Fragen hinsichtlich des Orts der Verhandlungen, der Basis auf welcher sie gefuehrt werden und der Personen die daran teilnehmen sollten zwischen den beiden Regierungen besprochen und

H2138 - 0031

entschieden werden muessten.

5. Falls Verhandlungen begonnen werden, wird die Regierung Seiner Majestaet jeder Zeit bereit sein, auf Wunsch allen in ihrer Macht stehenden Beistand zu leisten, um eine gerechte Verstaendigung zu erzielen.

6. Was eine internationale Garantie anbetrifft, so muesste dies zweifellos ausfuehrlich diskutiert werden. Was die Regierung Seiner Majestaet im Sinne haette, waere eine Garantie der vollen und richtigen Einhaltung irgendwelchen erzielten Abkommens.

7. Was Danzig anbetrifft, so teilen wir vollstaendig die Ansicht von Herrn Beck hinsichtlich der Wichtigkeit einen modus vivendi herzustellen. Wir haben in diesem Sinne der Deutschen Regierung schon einen Vorschlag unterbreitet, und werden ihn im Hinblick auf Paragraph 4 ihres Telegramms vom 31. August x wiederholen. Wenn die Deutsche Regierung sich damit einverstanden erklaert, werde ich sofort an Herrn Burckhardt herantreten.

8. Bitte sprechen Sie im obigen Sinne sofort mit Herrn Beck.

---

x Nos. 96 und 97

H2138 – 0032

Nr. 101

16. Sir H. Kennard an Viscount Halifax

abgesandt 1.September 19.43 Uhr

empfangen 2.September 02,00 Uhr

(Telegramm) Warschau, 1.September 1939

Ihr Telegramm vom 1.September wurde heute um 04.00 Uhr dechiffriert.

2. Herr Lipski hat bereits gestern um 18.30 Uhr beim deutschen Aussenminister vorgesprochen. Angesichts dieser Tatsache, der ein deutscher Einmarsch in Polen folgte, wuerde es fuer mich offenbar keinen Sinn haben, die von Ihnen vorgeschlagenen Schritte zu unternehmen.

H2138 – 0033

Nr. 102

17. Sir N. Henderson an Viscount Halifax (empfangen 00.10 Uhr am 1.September)

(Telegraphisch) Berlin, den 31.August 1939

Das folgende ist eine Uebersetzung einer Mitteilung, die der polnische Botschafter dem deutschen Aussenminister heute Abend ueberreichte.

"Waehrend der Nacht erhielt die polnische Regierung Nachricht von der englischen Regierung ueber den Nachrichtenaustausch mit der deutschen Regierung, wegen der Moeglichkeit direkter Diskussionen zwischen der deutschen und polnischen Regierung.

Die polnische Regierung ist fuer den Vorschlag der englischen Regierung, eine formelle Antwort darueber wird ihnen darueber recht bald zukommen.

Ich hoere, dass keine Diskussion stattfand."

H2138 - 0034

Nr. 105

18. Rede des Premierministers im Unterhaus am 1.September 1939.

Der Premierminister (Mr.Chamberlain): "Ich will heute abend nicht viele Worte machen. Die Zeit ist gekommen, wenn Taten mehr als Worte am Platz sind. Vor 1 1/2 Jahren drueckte ich in diesem Haus die Hoffnung aus, dass mir die Verantwortung erspart bleibe von England den furchtbaren Entschluss zum Krieg zu verlangen. Ich fuerchte, dass ich diese Verantwortung nicht vermeiden kann. Aber jedenfalls kann ich mir keine Situation vorstellen, in der eine solche Verantwortungslast auf mich faellt, wo ich klarer als heute fuehle, in welcher Richtung meine Pflichten liegen. Kein Mensch kann sagen, dass die Regierung nicht alles getan hat, um den Krieg fuer eine ehrenvolle und billige Regelung der Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Polen zu bahnen. Darueber hinaus haben wir in keiner Weise verfehlt, es der deutschen Regierung voellig klar zu machen, dass & falls sie abermals auf Gewaltanwendungen in aehnlicher Weise wie in frueheren Faellen bestaende = wir ihr mit Gewalt entgegentreten wuerden. Jetzt wo alle einschlaegigen Dokumente der Oeffentlichkeit zugaengig gemacht werden, werden wir vor die Schranken der Geschichte mit dem Bewusstsein treten koennen, dass die Verantwortung fuer diese furchtbare Katastrophe auf den Schultern eines Mannes ruht, naemlich des deutschen Kanzlers, der nicht gezoegert hat, die Welt ins Ungluueck zu stuerzen, um seinen eigenen sinnlosen Ehrgeiz zu foerdern.

Ich moechte dem Haus meinen Dank fuer die Geduld ausdruecken, die es kuerzlich bei 2 Gelegenheiten gezeigt hat, bei denen es nicht nach Information gefragt hat, von denen es wusste, dass ich sie nicht geben konnte, waehrend Unterhandlungen noch im Gange waren. Ich habe nunmehr veranlasst, den gesamten Schriftwechsel mit der deutschen Reichsregierung in einem "Weissbuch" zusammen zu fassen. Wegen technischer Schwierigkeiten sind leider bisher nur wenige

H2138 - 0035

Exemplare erhaeltlich, aber meines Wissens werden sie noch in dieser Sitzung nach und nach herauskommen. Ich halte es nicht fuer noetig, auf Einzelheiten dieser Dokumente einzugehen, die bereits der Geschichte angehoeren. Aus ihnen geht klar hervor, dass es unsere Absicht war, direkte Verhandlungen ueber den polnisch= deutschen Streitfall auf Basis der Gleichberechtigung zwischen den beiden Laendern selbst herbeizufuehren, wobei die endgueltige Regelung die Unabhaengigkeit Polens gewaehrleisten und sie durch internationale Garantien sicherstellen sollte.

H2138 – 0036

Nur eine Stelle, einer kuerzlichen Mitteilung, welche vom 30.August stammt, moechte ich zitieren, weil sie zeigt, wie leicht es gewesen waere, den endgueltigen Zusammenbruch zu verhindern, waere nur der leiseste Wunsch seitens der Deutschen Regierung vorhanden gewesen, zu einer friedlichen Schlichtung zu gelangen. In diesem Dokument sagten wir. =

"Die Notwendigkeit fuer eine beschleunigte Einleitung von Unterhandlungen wird von der Regierung Seiner Majestaet voellig erkannt, und sie teilt des Reichskanzlers Besorgnis, die auf die Naehe von zwei sich gegenueberstehenden mobilisierten Armeen zureuckzufuehren ist. Sie wuerde demgemaess auf das schaerfste darauf dringen, dass beide Parteien waehrend der Verhandlungen sich aggressiver militaerischer Handlungen enthalten sollten. Die Regierung Seiner Majestaet ist ueberzeugt, dass sie von der Polnischen Regierung eine solche Versicherung erlangen koennte, falls die Deutsche Regierung aehnliche Zusicherungen machen sollte."

Dieses Telegramm, welches nach Polen gesandt wurde, wurde von der polnischen Regierung am 31.August sofort beantwortet, wie folgt. =

"Die Polnische Regierung ist auf gegenseitiger Basis gleichfalls bereit, fuer den Fall, dass Verhandlungen stattfinden, eine formale Garantie abzugeben, wonach polnische Truppen die deutsche Grenze nicht verletzen werden, vorausgesetzt, dass die Deutsche Regierung eine entsprechende Garantie ueber Grenzverletzung durch deutsche Truppen abgibt." =

Die Deutsche Regierung hat diesen Vorschlag, welcher, waere er befolgt worden, die Katastrophe, die heute morgen stattfand verhindert haette, niemals beantwortet.

In dem deutschen Rundfunk von gestern Nacht, der die 16 Punkte eines deutschen Vorschlags aufzaehlte, befand sich folgender Satz.

"Die Deutsche Regierung betrachtet ihre Vorschlaege unter diesen Umstaenden als zurueckgewiesen."

Ich muss diese Erklaerung einer Pruefung unterziehen und muss dem

H2138 - 0037

Hause sagen, welches diese Umstaende sind. Lassen Sie mich Ihnen zunaechst mitteilen, dass der Text dieser Vorschlaege von Deutschland an Polen niemals mitgeteilt worden ist. Der Verlauf der Sache war folgender:

H2138 - 0038

Am Dienstag, den 29.August, sagte die deutsche Regierung unter anderem, in Antwort auf eine Note, die wir ihr gesandt hatten, dass sie sofort Vorschlaege fuer eine annehmbare Loesung niederlegen werde und

"falls moeglich, will sie diese der britischen Regierung, ehe die polnischen Unterhaendler ankommen, zur Verfuegung stellen."

Durch Pruefung des Weissbuches kann man feststellen, dass die deutsche Regierung gesagt hat, dass sie auf die Ankunft eine Bevollmaechtigten aus Polen am 30. in Berlin rechnet, das heisst am folgenden Tage. Inzwischen erwarteten wir natuerlich diese Vorschlaege. Am folgenden Abend, als unser Botschafter Herrn von Ribbentrop, den deutschen Aussenminister, sah, bat er ihn, sobald diese Vorschlaege fertig sind = denn wir hatten nichts mehr davon gehoert = den polnischen Botschafter zu sich zu bitten, und ihm diese Vorschlaege zur Uebermittlung an seine Regierung auszuhaendigen. Daraufhin, so berichtet unser Botschafter, sagte Herr von Ribbentrop mit erregten Worten, dass er niemals den Botschafter bitten wuerde, ihn aufzusuchen. Er deutete an, dass es etwas anderes waere, wenn der polnische Botschafter ihn um eine Unterredung bitten wuerde.

Das Haus wird bemerkt haben, dass dieses Mittwoch Abend war, der nach der deutschen Darlegung von gestern Abend, jetzt als das endgueltige Datum angegeben wird, nachdem keine Verhandlungen mit Polen annehmbar waeren. Es ist daher klar, dass Deutschland Polen behandelt, als ob es im Unrecht sei, weil es bis Mittwoch Nacht nicht auf die Diskussionen mit Deutschland ueber Vorschlaege, die es nie gehoert hat, eingegangen sei.

Wie steht es nun mit uns? An jenem Mittwoch Abend, bei der Unterredung, auf die ich eben hingewiesen habe, brachte Herr von Ribbentrop ein laengeres Schriftstueck zum Vorschein, das er laut und mit grosser Schnelligkeit auf deutsch vorlas. Natuerlich verlangte unser Botschafter nach diesem Vorlesen eine Kopie des Schriftstueckes, aber die Antwort war, dass es jetzt zu spaet sei, da der polnische Vertreter nicht in Berlin bis Mitternacht angekommen sei. Un so, meine Herren, erhielten wir niemals eine Kopie dieser Vorschlaege, und das erste=

H2138 - 0039

erstemal, dass wir sie hoerten = wir sie hoerten = war gestern Abend im Rundfunk. So, meine Herren, waren die Umstaende, unter denenm die deutsche Regierung behauptet, dass sie ihre Vorschlaege als abgelehnt betrachte. Es ist nicht klar, ob ihre Auffassung von einer Verhandlung darin bestand, dass auf fast augenblickliche Aufforderung ein polnischer Beauftragter nach Berlin gehen sollte, = wo andere schon vor ihm waren = um dort Forderungen vorgelegt zu bekommen, die in ihrer Gesamtheit angenommen oder verweigert werden mussten. Ich moechte keine Meinung ueber die Bedingungen selbst zum Ausdruck bringen, da ich mich nicht dazumm berufen fuehle. Der richtige Weg nach unserer Meinung = nach der Meinung von uns allen = waere gewesen, dass diese Vorschlaege haetten den Polen unterbreitet werden sollen. Es haette ihnen dann genuegend Zeit gewaehrt werden muessen, um sie zu pruefen und festzustellen, ob sie, ihrer Meinung nach, diejenigen lebenswichtigen Interessen Polens verletzen, welche zu respektieren, Deutschland uns bei einer fruecheren Gelegenheit versichert hat, oder nicht. Erst gestern Nacht hat der polnische Gesandte den deutschen Aussenminister, Herrn von Ribbentrop gesprochen. Er hat ihm gegenueber wiederholt zum Ausdruck gebracht, hatte was die polnische Regierung schon tatsaechlich vorher oeffentlich gesagt, naemlich, dass sie bereit waere, mit Deutschland ueber ihre Differenzen auf gleichberechtigter Grundlage zu verhandeln. Was war die Antwort der deutschen Regierung? Die Antwort war, dass ohne alles Weitere, heute frueh im Morgengrauen die deutschen Truppen die polnische Grenze ueberschritten und nach inzwischen eingelaufenen Berichten dabei sind, offene Staedte mit Bomben zu belegen. (Ein Parlamentsmitglied. "Gas") Unter diesen Umstaenden bleibt uns nur ein Weg offen. Der Botschafter Seiner Majestaet in Berlin und der franzoesische Botschafter sind beauftragt worden, der deutschen Regierung das folgende Dokument auszuhaendigen:

"Heute frueh hat der deutsche Kanzler eine Proklamation an die deutsche Armee erlassen, die ganz klar andeutet, dass er im Begriffe sei, Polen anzugreifen. Seiner Majestaet Regierung von Grossbritannien und der franzoesischen Regierung sind Nachrichten zugegangen, die besagen, dass deutsche Truppen die polnische Grenze ueberschrit=

H2138 – 0040

ten haben und dass Angriffe auf polnische Staedte im Gange sind. Unter diesen Umstaenden erscheint es den Regierungen von Grossbritannien und Frankreich, dass die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen einen Zustand geschaffen hat, = naemlich eine gewaltsame Angriffshandlung gegen Polen, die die Unabhaengigkeit Polens gefaehrdet,= der die Erfuellung der seitens der Regierungen von Grossbritannien und Frankreich an Polen gegebenen Zusicherung erfordert, zu seiner Hilfe zu kommen. Ich muss dementsprechend Eure Exzellenz davon unterrichten, dass falls die deutsche Regierung nicht bereit ist, der Regierung Seiner Majestaet befriedigende Zusicherungen zu geben, dass die deutsche Regierung jede Angriffstaetigkeit gegen Polen einstellt und bereit ist, ihre Streitkraefte schleunigst aus dem polnischen Gebiet zurueckzuziehen, die Regierung Seiner Majestaet ohne Verzoegerung ihren Verpflichtungen gegenueber Polen nachkommen wird.

H2138 - 0041

(Ein Mitglied des Hauses: "Zeitgrenze") Wenn die Antwort auf diese letzte Warnung unguenstig ausfaellt = und ich glaube nicht, dass sie anders ausfallen wird, ist der Botschafter Seiner Majestaet angewiesen, seine Paesse zu verlangen. In diesem Falle sind wir bereit. Gestern haben wir weitere Massnahmen zur Vervollstaendigung unserer Verteidigungsvorbereitungen getroffen. Heute morgen haben wir die volle Mobilisierung der gesamten Kriegsflotte, des Heeres und der Luftstreitkraefte angeordnet. Wir haben auch im Inland und Ausland eine Reihe von Massnahmen ergriffen, ueber die das Haus ins einzeln gehende Erklaerungen von mir wohl nicht erwarten wird. Kurz gesagt, stellen sie die letzten Schritte im Einklang mit den vorbereiteten Plaenen dar. Diese koennen mit groesster Beschleunigung in Kraft gesetzt werden, sind aber auch derart, dass sie solange aufgeschoben werden koennen, bis der Krieg unvermeidlich erscheint. Weiterhin sind auf Grund der von diesem Hause in der letzten Woche ausgestellten Vollmachten Schritte unternommen worden, um die Lage mit Bezug auf die Vorraete von bestimmten Bedarfsgruppen sicherzustellen.

Die Gedanken vieler von uns kehren in diesem Augenblick unwillkuerlich zum Jahre 1914 zurueck und stellen einen Vergleich an zwischen unserer jetzigen Lage und der, die damals bestand. Wie stehen wir dieses Mal da? Die Antwort ist, dass alle drei Zweige unserer Streitkraefte bereit sind und dass die Lage in jeder Beziehung weit guenstiger und vertrauenerweckender ist als 1914, waehrend wir hinter den kaempfenden Truppen ein gewaltiges System der Zivilverteidigung in unseren Luftschutzmassnahmen ausgebaut haben. Was den unmittelbaren Mannschaftsbedarf anlangt, so ist die Flotte, das Heer und die Luftwaffe in der gluecklichen Lage, beinahe so viele Mannschaften zur Verfuegung

H2138 - 0042

zu haben als sie in diesem Augenblick brauchen koennen. Es gibt jedoch gewisse Gruppen, in denen Mannschaften sofort benoetigt werden und zwar sowohl im Militaerdienst wie in der zivilen Verteidigung. Diese werden im einzelnen durch die Presse und durch den Rundfunk bekanntgegeben werden. Der wichtigste und erfreulichste Punkt ist, dass heute keine Notwendigkeit dafuer besteht, einen allgemeinen Aufruf zur Erlangung von Rekruten zu erlassen, wie er vor 25 Jahren von Lord Kitchener erlassen wurde. Dieser Aufruf ist vor vielen Monaten erfolgt und die Mannschaften stehen bereits zur Verfuegung.

Soviel ueber die unmittelbare Gegenwart. Nun muessen wir einen Blick in die Zukunft werfen. Es ist erforderlich, dass wir der ungeheueren Aufgabe, die uns gestellt ist, ins Gesicht blicken, ganz besonders muessen wir im Hinblick auf unsere, in dieser Sache gemachten Erfahrungen dieses Mal unser Mannschaftsproblem so systematisch, gerecht und wirtschaftlich loesen als moeglich. Wir schlagen deswegen vor, die hierfuer erforderlichen Gesetze sofort zu erlassen. Ein Entwurf wird Ihnen vorgelegt werden, der praktisch eine Erweiterung des Gesetzes ueber die militaerische Ausbildung darstellen wird. Nach diesem Gesetz werden alle Maenner im Alter von 18 – 41 Jahren im Falle und im Zeitpunkt ihrer Einberufung wehrdienstpflichtig. Es ist zunaechst nicht beabsichtigt, eine groessere Anzahl von Mannschaften ausser denen, die bereits dienstpflichtig sind, einzuberufen und es werden Massnahmen getroffen werden, durch die der Mannschaftsbedarf der wichtigen Industrien sichergestellt wird.

Eine weitere Bemerkung moechte ich noch machen, bevor ich meine Rede schliesse und zwar moechte ich meine und der Regierung Seiner Majestaet Genugtuung darueber zum Ausdruck bringen, dass auch Signor Mussolini waehrend dieser ganzen letzten Krisentage alles in seinen Kraeften

H2138 – 0043

Stehende getan hat, um eine Loesung zu erreichen.

Jetzt bleibt uns nichts anderes uebrig, als unsere Zaehne zusammenzubeissen und diesen Kampf, den wir selbst nach Kraeften zu vermeiden bestrebt waren, mit Entschlossenheit aufzunehmen, um ihn bis zum Ende durchzufuehren. Wir nehmen ihn mit reinem Gewissen auf, mit der Unterstuetzung der Dominien und des Britischen Reichs und mit der moralischen Billigung des groessten Teils der Welt. Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, abgesehen davon, dass es sich von einer Naziregierung beherrschen laesst. Solange diese Regierung besteht und die Methoden verfolgt, die es waehrend der letzten zwei Jahre so unbeirrbar angewendet hat, wird es in Europa keinen Frieden geben. Wir wuerden lediglich von einer Krise in die andere kommen und mit ansehen muessen, wie ein Land nach dem anderen in einer Art und Weise angegriffen wird, die uns mit ihren widerlichen Methoden nunmehr bereits vertraut geworden ist. Wir sind entschlossen, dieser Methode ein Ende zu machen. Wenn wir als Ergebnis dieses Kampfes in der Welt wieder die Geltung des guten Glaubens und den Verzicht auf Gewalt aufrichten, wahrlich, dann werden auch die Opfer, die uns auferlegt werden, in vollem Masse gerechtfertigt sein.

Nuernberg, d. 30. IV. 46.

f. d. R. d. A.

Dr. H. Horn

Rechtsanwalt

H2138 - 0044

Beglaubigung der Uebersetzung

des Dokuments Nr.

---

1. Maerz 1946

Wir, Dr. Karl Neumann, Br.Exp.F. Permit Nr. 112293, Dr. H. v.V. Veith, AGO Nr. D 150649, bestaetigen hiermit, dass wir durchaus vertraut mit der englischen und deutschen Sprache sind und dass das Vorstehende eine wahrheitsgemaesse und richtige Uebersetzung des Dokuments Nr. darstellt.

Dr. Karl NEUMANN
Br.Exp.F.Permit Nr. 112293

Dr. H.v.V. VEITH
AGO Nr. D 150649

Filed April 10, 1946
Kraus
Secy.

H-2138

Ri=Exhibit Nr. 208

Dokumentenbuch Seite

208

Dokumente Joachim von R i b b e n t r o p

H2138 – 0045